

Seewalde zum Beispiel

Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum, lebensweltliche Inklusion und das Erbe des Lauenstein-Impulses in Mecklenburg-Vorpommern

Norbert Schwarte

Mecklenburg-Vorpommern: Die Schönheiten seiner Seenlandschaft sind so unbestritten wie die negativen Schlagzeilen, die sein Image beeinträchtigen. Sie gründen in einer erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote mit verfestigtem Langzeitanteil, nicht selten skandalös gescheiterten Reanimierungsversuchen traditioneller Industrien, einer nahezu unbegrenzten Selbstausschöpfung von Kleinunternehmen im Dienstleistungssektor, einem bestürzend hohen Anteil von «Niedriglöhnern» und «Aufstockern», sterbenden Dörfern mit radikal ausgedünnter Infrastruktur und gewaltigen Leerständen, Gemeinden, die drauf und dran sind, von rechts-extremen «Kümmerern» gekapert zu werden und neuerdings auch Anschlägen auf Flüchtlinge, die es woanders zwar auch gibt, hier aber auf eine Voreingenommenheit treffen, die dieses Bundesland seit dem weltweit bekannt gewordenen Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen im August 1991 nicht mehr losgeworden ist. Medien, deren Selbstverständnis sich mit dem zynischen Branchenslogan «only bad news are good news» hinreichend beschreiben lässt, haben zur Verfestigung dieses Bildes in der Bundesrepublik und darüber hinaus sicher erheblich beigetragen.

So wird der Eindruck vermittelt, es liege eine Tristesse über dem Land, die eben jene soziale Apathie begünstigt, die seit der legendären Marienthalstudie (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975) bekannt ist. Ihre Komponenten sind viel Zeit, wenig Begabung und noch weniger Bereitschaft, mit zivilgesellschaftlichem Engagement die Zukunft im Verein mit anderen in die Hand zu nehmen,¹ statt auf «Massnahmen von oben» zu hoffen oder gleich alle Hoffnung auf Veränderung und Besserung der Lebenslage fahren zu lassen.

Wenn in diesem Zusammenhang immer wieder auf den verderblichen Einfluss des vormundschaftlichen SED-Staates² verwiesen wird, ist allenfalls die halbe Wahrheit angesprochen. Man könnte mit gleicher Berechtigung fragen, ob sich Mecklenburg-Vorpommern jemals von den verheerenden ökonomischen, politischen und mentalen Auswirkungen des Dreissigjährigen Krieges erholt hat, in dem nicht nur Pommernland abgebrannt ist, wie es in dem bekannten Kinderlied heisst. Arm war Mecklenburg jedenfalls seither immer, und die bis 1918 geltende rückständige Verfassung des Landes, die Herren und Knechte schärfer schied als irgendwo sonst in deutschen Landen, hat nach Überzeugung vieler einen Sozialcharakter begünstigt, der mal als äusserst duldsam, mal auch als unbegreiflich indolent beschrieben wird (Gamm 1998).

Das alles liesse sich im Hinblick auf ein Land, das weniger Einwohner als Hamburg zählt, wahrscheinlich unbesehen marginalisieren, wenn nicht längst deutlich wäre, dass nicht nur in Mecklenburg und auch nicht nur in den immer noch «neu» genannten Bundesländern periphere ländliche Regionen in einen anscheinend unaufhaltsamen Abwind trudeln. Längst befinden sich auch grosse Landstriche in den westlichen Bundesländern – Friesland, Nordhessen, die Eifel und der Westerwald, der Hunsrück und die Südwestpfalz, aber auch strukturschwache Regionen in Bayern und Baden-Württemberg – in einem Abwärtssog. Dazu gehören fehlende Erwerbsmöglichkeiten auf einem Qualifikationsniveau, das der schulischen und beruflichen Ausbildung entspricht, Abwanderungsbewegungen, die wie Landflucht anmuten, Überalterung mit entsprechend hoher Morbidität, eine allenfalls rudimentäre Infrastruktur und eine inzwischen deutlich defizitäre Daseinsvorsorge, aus der sich die dafür primär zuständigen Kommunen im marktliberalen Rausch der neunziger Jahre, wo immer möglich, zurückgezogen haben.

Einmal mehr erweisen sich auch hier die «Ostdeutschen als Avantgarde» (Engler 2002) und die nach Artikel 72 des Grundgesetzes Bund und Ländern aufgebene Sorge für gleichwertige Lebensverhältnisse rückt dabei in unerreichbare Ferne.

Nun ist es nicht so, als sei diese trotz gegenwärtig scheinbar nur erfreulicher Wirtschaftsmeldungen nicht zu überdeckende Problematik den einschlägig befassten Bevölkerungswissenschaftlern, Raumplanern und Soziologen nicht bekannt. Im Gegenteil: Zahlreiche, zum Teil hochdotierte Forschungsprojekte sind diesem komplexen Phänomen gewidmet. Die Ergebnisse sind allerdings im höchsten Masse widersprüchlich. Sie stützen den allfälligen Ruf nach weiterer Forschung; die Ableitung in sich schlüssiger politischer Handlungsstrategien, die nicht nur mehr desselben in Aussicht stellen, lassen sie indes offenkundig nicht zu. Exemplarisch für dieses Dilemma scheint mir das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014-2020 des Landes Mecklenburg-Vorpommern (EPLR) zu sein.

Während die Fraunhofer-Forschungsinitiative Smart Rural Areas im Ergebnis auf technologische Lösungen setzt, halten die Forscher des Berlin-Instituts für Bevölkerung ökonomische und technologische Faktoren für nachrangig. Sie setzen auf die Vitalisierung eines vielfältigen Gemeindelebens durch die Entwicklung und Förderung sozialer Netzwerke (Asendorpf 2015). Aber es gibt auch bis in den politischen Raum hinein Stimmen, die sich dafür aussprechen, den Lauf der Dinge nicht aufzuhalten und auf gegensteuernde Eingriffe zu verzichten. So fordert etwa Joachim Ragnitz, Leipziger Repräsentant des einflussreichen Ifo-Instituts: «Man muss für eine zentrumsnähere Besiedlung sorgen und die Leute dazu bringen, in die Städte zu ziehen», denn – so die Begründung – «die Zweiklassenrepublik kommt» und «wir können uns nicht mehr Infrastruktur leisten» (taz 4.9.2011, S. 3).

Diese hier nur angerissenen, teils interventionistischen, teils resignativen oder unverdrossen der unsichtbaren Hand des Marktes vertrauenden Positionen mögen den derzeitigen Diskussionsstand – zugegeben pointiert und vergrößern – kennzeichnen. Dass sich daraus kein konsensfähiger Masterplan ableiten lässt, ist unmittelbar einsichtig. Es bedarf dazu allerdings auch nicht nur weiterer Forschung, es bedarf vor allem vielfältiger Beispiele für den optionalen Reichtum, der auf lokaler Ebene – oft verborgen oder verkannt, nicht selten auch behindert – schon jetzt vorhanden ist. Eines dieser oft erstaunlichen Beispiele ist Seewalde. Davon soll im Weiteren die Rede sein, weil dort tragfähige Antworten auf zwei zentrale Herausforderungen zu finden sind: Entwicklungsperspektiven für den peripheren ländlichen Raum und lebensweltliche Inklusion.³

So wie die heilpädagogischen Einrichtungen Gerswalde und Pilgramshain, so ist auch das in der mecklenburgischen Seenplatte zwischen Mirow und Rheinsberg gelegene Seewalde aus dem Lauenstein-Impuls hervorgegangen. Rechtlich gesehen ist Seewalde sogar dessen Träger. Seine Geschichte ist von Volker Frielingsdorf, Rüdiger Grimm und Brigitte Kaidenberg 2013 in einem Überblick zur Geschichte der anthroposophischen Heilpädagogik und Sozialtherapie dargestellt worden. Ergänzungen dazu bieten die Arbeiten von Wilhelm Uhlenhoff (2001) und Volker van der Locht (2007), die den Weg des Lauenstein-Instituts von Jena über Altefeld nach Seewalde detailliert beschreiben. Sie machen deutlich, dass sich auf diesen Stationen zwar die äusseren Gegebenheiten veränderten, nicht aber die Grundzüge der heilpädagogischen Arbeit. Dazu gehören der halt gebende Tages- und Wochenrhythmus im Jahreslauf, der an der Waldorfpädagogik orientierte, anspruchsvolle Gegenstände ausdrücklich einschliessende Unterricht, die künstlerische Gestaltung aller Lebensbereiche, die Mitarbeit im Haus, in den Werkstätten, im Garten und in der Landwirtschaft und schliesslich die spirituelle Durchdringung des Alltags mit der schon seit 1925 gepflegten Sonntagsandacht und der Feier der christlichen Jahresfeste.

Erforderlich geworden war der Umzug nach Altfeld/Hessen im Jahre 1932, weil die räumlichen Gegebenheiten in Jena längst nicht mehr der Nachfrage entsprachen. Unausweichlich war der Umzug nach Seewalde, weil das Militär die zum staatlichen Gestüt gehörenden Gebäude 1941 offenbar im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion zurückforderte.

Im Gegensatz zu den anderen heilpädagogischen Einrichtungen, die aus dem Lauenstein-Impuls hervorgegangen waren, konnte man dort die Arbeit relativ unbehelligt fortführen. Neben der besonnenen, nach aussen jedes Aufsehen vermeidenden Leitung der nach wie vor «Heil- und Erziehungsinstitut für Seelenpflege bedürftige Kinder Lauenstein e.V.» genannten Einrichtung durch den Arzt Heinrich Hardt und dessen Ehefrau Margarethe ist dies wohl vor allem der stillen Patronage des Admirals Wilhelm Canaris zuzuschreiben, der als Abwehrchef eine der einflussreichsten militärischen Positionen in der Wehrmacht innehatte. Seine beiden Töchter, Brigitte und Eva, lebten in Seewalde. Auch als Canaris nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 verhaftet worden war, hielt die Duldung der heilpädagogischen Arbeit in Seewalde an. Das gilt auch über das Kriegsende hinaus für die Zeit der sowjetischen Besatzung. 1949 veranlassten dann allerdings Behörden der eben erst gegründeten DDR die Enteignung des Lauenstein e. V. als Einrichtungsträger und die Auflösung des Heims. Heinrich Hardt wurde vor seiner geplanten Verhaftung rechtzeitig gewarnt und konnte nach West-Berlin flüchten. Im Landschulheim Benefeld in der Lüneburger Heide fand er schliesslich ein neues Arbeitsfeld.

Auf die von Uwe Werner durch schriftliche Quellen und Gespräche mit Zeitzeugen belegte Aussage, dass «alle anthroposophisch Arbeitenden (...) die Zeiten der äusseren Schliessung generell als eine Vorbereitung auf die Zeit danach verstanden» haben, sei an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen (Werner 1999, S. 346).

Zwischen 1949 und 1990 dienten die alten und neu errichteten Gebäude in Seewalde verschiedenen Zwecken. Hervorzuheben ist der Betrieb einer Internatsoberschule, aus deren Zeit ein unverhältnismässig gediegen geplantes und gestaltetes Schulgebäude erhalten ist.

Nach einem holprigen, in verschiedener Hinsicht überdimensionierten Neustart, den alte und neue Mitglieder des niemals rechtskräftig aufgelösten Lauenstein-Vereins nach 1990 ermöglichten, und einer längeren Phase umfassender materieller, struktureller und personeller Konsolidierung stellt sich das Dorf Seewalde nun als ein Verbund verschiedener sozialer, pädagogischer, medizinischer, wirtschaftlicher und kultureller Einrichtungen, Dienste und Initiativen dar, die sich in stetiger Entwicklung befinden. Sie waren nicht das Ergebnis grossräumiger Planung, sondern ergaben sich aus den Lebensnotwendigkeiten vor Ort. Die Gründung des Kindergartens stand am Anfang der Neugründungen.

Seewalde ist gegenwärtig Lebens- und Arbeitsort für etwa 100 Menschen, darunter 35 behinderte Erwachsene mit Hilfebedarf nach §53 SGB XII und inzwischen 25 Kinder, die sämtlich nach dem zweiten Neuanfang 2003, als dort keine Kinder mehr lebten, geboren wurden. Man kann also zutreffend von einem jungen Dorf sprechen, hat doch kaum ein anderes im weiten Umkreis einen ähnlich hohen Kinderanteil unter seinen Einwohnern.

Politisch gehört Seewalde zur Gemeinde Wustrow im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Wustrow gehört mit 43 qkm und insgesamt 700 Einwohnern zu den besonders grossflächigen und mit 16 Einwohnern pro qkm zu den besonders dünn besiedelten Gemeinden in Mecklenburg. Manche sprechen deshalb nicht vom ländlichen, sondern vom ländlichsten Raum.

Das Gesicht Seewaldes hat sich in den letzten zehn Jahren entscheidend gewandelt. An die Stelle der ursprünglich auf Kinder und Jugendliche bezogenen heilpädagogischen Arbeit waren die auf Erwachsene ausgerichteten sozialtherapeutischen Angebote schon mit dem Neubeginn in den neunziger Jahren getreten. Heute ist die Sozialtherapie ein Arbeitszweig unter anderen, darunter auch solchen, die mit der Betreuung und Förderung behinderter Menschen allenfalls mittelbar zu tun haben. Dieser Wandel ist gewollt und wird gezielt vorangetrieben. Insofern kann Seewalde nicht mehr als ein der Sozialtherapie gewidmetes Betreuungsdorf gelten. Es ist vielmehr auf dem Wege zu einem inklusiven Gemeinwesen mit vielfältigen Wohn- und Beschäftigungsangeboten, von denen sich vor allem Menschen angesprochen fühlen, die anspruchsvolle Arbeit in neuen Gemeinschaftsformen und im Einklang mit den Erfordernissen für Mensch und Natur suchen, von denen eine lebenswerte Zukunft abhängt.

Solche Angebote sind neben den sozialtherapeutisch angelegten Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung:

- ausbaufähige handwerkliche Werkstätten,
- ein selbstverständlich inklusiver Waldorfkindergarten,
- eine der wenigen Waldorfschulen im ländlichen Raum,
- verschiedene touristische Angebote,
- Ferienhäuser und Ferienwohnungen,
- ein Bio-Dorfladen,
- eine biologisch-dynamische Landwirtschaft,
- eine Demeter-Gärtnerei und
- diverse Mietwohnungen sowie
- öffentliche Konzert- und Kulturveranstaltungen.

Im Ausbau befindet sich das voluminöse ehemalige Herrenhaus, das die touristischen und kulturellen Angebotsmöglichkeiten schon seit dem Jahr 2016 wesentlich erweitert. Im Aufbau ist eine mobile Palliativambulanz mit qualifizierter medizinischer Betreuung, die durch die Ärzte geleistet wird, die mit ihren Familien inzwischen nach Seewalde gezogen sind.

All das ist zwar ein wenig anders als woanders, erfüllt aber gleichwohl oder gerade deshalb Anforderungen einer nachhaltigen Lebensweise, die andernorts so schwer in Gang kommt. Man tritt mit diesen Angeboten nicht in einen Wettbewerb um jeden Preis, sondern in einen Wettbewerb um die höchste Qualität zu vertretbarem Preis ein. Mit dieser breit gefächerten Angebotsstruktur weist Seewalde Infrastrukturmerkmale auf, die im ländlichen Raum selten sind.

Alle Angebote, «die sozialtherapeutische Betreuung und die pädagogischen Initiativen ebenso wie der Umgang mit der Natur im Demeter-Landbau fassen auf der Grundlage der anthroposophischen Welt- und Menschenerkenntnis. (...) Kern davon ist die Anschauung, dass Welt und Mensch neben der materiell-physischen eine geistige Existenz zukommt», heisst es dazu in einer Kurzinformation (2014) für interessierte Besucher.

Und über die Arbeitsbegleitung und Wohnbetreuung behinderter Menschen heisst es ebenda: «Betreutes Leben von Menschen mit Behinderung spielt sich heute überwiegend in (Wohn-) Heimen, gegebenenfalls mit «tagesstrukturierenden Massnahmen» bzw. Werkstattbeschäftigung ab. Demgegenüber ist gesetzlicher Auftrag für die Arbeit mit diesen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft, bzw. Inklusion.»

Wer die Argumentationslinien der Inklusionsdebatte kennt, wird fragen, wie denn das trotzige «Demgegenüber» begründet wird und wie gesellschaftliche Teilhabe, gar Inklusion, die doch mit viel weitergehenden normativen Ansprüchen versehen ist, in der Abgeschiedenheit Seewaldes möglich sein soll. Dies gilt umso mehr, wenn man die von Christof Stamm in einer qualitativ-empirischen Studie zur anthroposophischen Sozialtherapie hervorgehobene »beinahe reflexartige Ablehnung diesbezüglicher Lebens- und Arbeitsformen« (Stamm 2011, S. 58) mit ins Kalkül zieht.

In der leidenschaftlich geführten Diskussion über das Für und Wider der «einen Schule für alle» ist Inklusion zwar in aller Munde, der umfassende gesellschaftliche Geltungsanspruch der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) gerät dabei jedoch leicht aus dem Blick. Was die BRK in ihrer Umsetzung an konkreten gesellschaftlichen Veränderungen über den umstrittenen schulischen Bereich hinaus bedingt, ist einer breiteren Öffentlichkeit allenfalls in Umrissen bekannt, und die inzwischen vorliegenden Aktionspläne sind in dieser Hinsicht entweder vage (Unser Weg 2011) oder stehen, wie z. B. in Nordrhein-Westfalen, unter einem generellen Finanzierungsvorbehalt (Eine Gesellschaft für alle 2012). Dem in beiden Aktionsplänen übermässig strapazierten

Appell an zivilgesellschaftliches Engagement ist entgegenzuhalten, dass bürgerschaftliche Mitwirkung für eine inklusive Gesellschaft notwendig, aber nicht hinreichend ist. Die zentralen Leitbegriffe, Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe, erweisen sich in den Aktionsplänen bei näherem Hinsehen als merkwürdig unpräzise bestimmt und für den von der Aktion Mensch weitverbreiteten Versuch, visuell zu verdeutlichen, was Inklusion meint, gilt, was Albert Einstein gesagt hat: «Man soll alles so einfach wie möglich machen, aber nicht einfacher.» Die piktogrammartige Visualisierung stellt die Gesellschaft bildlich als Kreis dar, farbige Punkte stehen für verschiedene Individuen. Punkte ausserhalb des Kreises markieren exkludierte, Punkte innerhalb eines kleineren Kreises im grösseren Kreis «lediglich» integrierte Individuen,⁴ farbige Punkte innerhalb des Kreises sollen Inklusion als gesellschaftliche Norm verdeutlichen. In dieser abstrakten Form ist dem dargestellten Anliegen nicht zu widersprechen, sie kann allerdings den Blick für subtilere Formen der Exklusion trüben, die auch in inklusiven Einrichtungen, seien es nun ambulant betreute Wohngemeinschaften, Schulen oder Firmen oder auf dem ersten Arbeitsmarkt, vorkommen und dort möglicherweise als besonders schmerzlich erfahren werden, weil sie sich im emotional besonders bedeutsamen Nahraum abspielen. Wenn man sich das bewusstmacht, stellt sich die Frage nach der Legitimität von Sonderformen des Lernens, Arbeitens und Wohnens ein wenig differenzierter dar, als es in der sozialpolitischen Reformrhetorik in Wort und Bild angedeutet wird. Das gilt nicht nur für die grundsätzliche Frage nach den realen Grenzen der Inklusion in einer kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft (Becker 2015), sondern auch für eine Reihe scheinbarer Einverständnisse, die dem vollumding in Anspruch genommenen Paradigmenwechsel von der Integration zur Inklusion zugeordnet werden. Danach

- gilt die Dienstleistungsethik als der älteren Helferethik überlegen;
- gelten Menschen, die früher paternalistisch als Schutz- oder Pflegebefohlene galten, heute als Kunden;
- werden ambulante Dienste generell für inklusionsfreundlicher gehalten als stationäre Dienste;
- sind Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt allemal besser als Arbeitsplätze in konsequenterweise abzuschaffenden Werkstätten für Menschen mit Behinderung;
- werden Selbstbestimmung und Fürsorge als Alternativen gesehen, die sich wechselseitig ausschliessen;
- sind die von Experten entwickelten Konzepte der Sozialraumorientierung in den Hilfen für Menschen mit Behinderung stets auf städtische Quartiere, nicht aber auf die Bedingungen des ländlichen Raums bezogen, der wohl von vornherein als defizitär und daher ungeeignet gilt.

Ist es verwunderlich, dass in dieser Gemengelage Dorfprojekte wie Seewalde als vor-modern gelten? Verwunderlich sicher nicht, aber unzutreffend, wenn man der schon erwähnten Kurzinformation und den Eindrücken traut, die man bei einem Besuch und im Gespräch mit dort lebenden Menschen gewinnt. In der Kurzinformation heisst es: «Das Konzept Dorf als Lebensort sucht den dauerhaften, intensiven Begleitungs- und Hilfebedarf eines Menschen mit Behinderung mit einer möglichst «normalen» Lebensgestaltung und gesellschaftlichen Umgebung zu verbinden. Kein Heim, das Dorf ist Lebensort der Betreuten wie der Betreuer gleichermaßen; familienähnliche Wohnform auch für die Betreuten, gemeinsame Feste und öffentliche Kulturveranstaltungen, rege Sozialkontakte, Freundschaften und Partnerschaften, gegenseitige Besuche, Orientierungs- und Bewegungsmöglichkeit durch die Kleinräumigkeit im Dorf ohne Fremdhilfe auch bei starker Behinderung, z. B. Einkaufen im Dorfladen und der Gang zum Briefkasten ... gehören dazu; kurz das Dorf Seewalde als vollwertige kleine Einheit gesellschaftlichen Lebens.»

Mag sein, dass die auf der verantwortlichen Übernahme vertragsmässig vereinbarter und abrechenbarer Aufgaben basierende Dienstleistungsethik das Selbstverständnis vieler Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen inzwischen zutreffend beschreibt. Für Seewalde gilt das nach meinem Eindruck nicht, weil professionelle Hilfe und familienanaloge oder nachbarschaftliche Hilfe, vertragsmässig erbrachte und spontan erbrachte Leistungen, zu sehr miteinander verwoben sind, als dass man sie zu anderen als buchhalterischen Zwecken aufrechnen könnte. Der im Vergleich zu anderen Kostenträgern sehr niedrige Pflegesatz, mit dem man in Seewalde wirtschaften muss, trägt im Übrigen erheblich dazu bei, dass die abrechenbaren Leistungen nicht entfernt abdecken, was ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Teilhabe erfordert. Auf die damit verbundene Selbstausbeutung der professionellen Helfer angesprochen, weisen die befragten Mitarbeiter übereinstimmend darauf hin, dass sie finanzielle Einbussen in Kauf nähmen, weil ihnen andere, mit Geld nicht aufzuwiegende Vorzüge des Lebens und Arbeitens in Seewalde wichtiger seien. Man kann dagegen einwenden, dass das vielleicht in einer pionierhaft erlebten Aufbau-phase gelten kann, nicht aber auf Dauer. Man kann das ebenso mit einem Hinweis auf finanziell komfortablere Arbeitsplätze in anderen Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen abtun, man kann darin aber auch die Absage an eine Dienstleistungsgesellschaft sehen, die alles und jedes auf kalkulierbare Leistungen oder Algorithmen reduziert.

Mit Ausnahme der Verkäuferinnen im Dorfladen käme auch niemand auf den Gedanken, die in Seewalde lebenden behinderten Erwachsenen als Kunden zu bezeichnen, wie das in vielen Feldern der sozialen Arbeit längst der Fall ist. Die sozialen Bezie-

hungen und Rollen sind zu vielschichtig, als dass sie sich mit dem Begriff Kunde beschreiben liessen. Die Menschen, um die man sich kümmert, sind Familienangehörige oder Nachbarn, Freunde oder Gastgeber, Kollegen, Mitarbeiter oder Gäste, und die Beziehungen, die sich innerhalb des Dorfes entwickelt haben, sind im Zuge der Diversifizierung der Angebote in Seewalde zunehmend nicht nur professionell bestimmt oder sonst wie inszeniert. Dieses breite Rollenrepertoire, das sich alltäglich neu konfiguriert, macht den Kern der Aufwertung aus, die Menschen mit Behinderung in Seewalde erfahren, während die traditionelle Reduktion behinderter Menschen auf eine alles andere dominierende Rolle – sei es die des Schutzbefohlenen oder Kranken, des Hilfsbedürftigen, des Klienten, Leistungsempfängers oder Kunden – genau die Exklusion zum Ausdruck bringt, um deren Überwindung man sich bemüht. Die Erweiterung des Rollenbildes entspricht sehr konkret einem Entwicklungsweg, für den in der Sozialen Arbeit der Begriff Empowerment in Anspruch genommen wird.

In Hinsicht auf die in der Inklusionsdebatte immer wieder erhobene Forderung «Selbstbestimmung statt Fürsorge» ist zu bedenken, dass Leitbegriffe und Aussagen, die soziales Handeln ausrichten sollen, stets wertbezogen sind. Werte aber werden nicht durch einseitige Steigerung, sondern nur im Ausgleich mit einem positiven Gegenwert konstruktiv wirksam. Ohne diese Balance stellt sich die einseitige Steigerung als entwertende Übertreibung dar: So wie Sparsamkeit zu Geiz verkommt, wenn sie nicht zum positiven Gegenwert Grosszügigkeit in eine dynamische Balance gebracht wird, und Grosszügigkeit ohne Sparsamkeit zur Verschwendung, kann die einseitige Ausrichtung der Hilfen für Menschen mit Behinderung auf Selbstbestimmung zur Isolation, zur Vernachlässigung und aktiven Verwahrlosung führen, wenn der (nur scheinbar) überholte Gegenwert Fürsorge nicht zur Selbstbestimmung in eine produktive Spannung gebracht wird, während die Fürsorge in einseitiger Betonung und Übertreibung Bevormundung und Fremdbestimmung hervorbringt. So ist die im Inklusionsdiskurs selbstgewiss daher kommende Parole «Selbstbestimmung statt Fürsorge» auf dem Erfahrungshintergrund des herkömmlichen Hilfesystems für Menschen mit Behinderung zwar verständlich, führt aber nicht weiter. Eher leistet sie im Sinne einer Überkompensation dem Wechsel von der Entwertungsvariante Bevormundung zur Entwertungsvariante Vernachlässigung Vorschub (Schwarte 2008).

In Gesprächen mit Mitarbeitern aus den sozialtherapeutischen Angeboten, aber auch darüber hinaus habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Balance zwischen Selbstbestimmung und Fürsorge in Seewalde nicht plakativ behauptet, sondern gelebt wird. Ob ambulante Dienste in dem bisher üblichen geringen Stundenumfang tatsächlich dem Hilfsbedarf behinderter Menschen, erst recht denen, die keine Werkstatt besuchen, mehr entsprechen als stationäre Dienste, steht dahin. Dass sie billiger sind,

dagegen nicht. Deshalb darf vermutet werden, dass der Zuspruch, den ambulante Dienste vor allem bei den Kostenträgern finden, eher der Sorge um leere Sozialkassen als der Sorge um eine Verbesserung der Lebensqualität behinderter Menschen geschuldet ist, mussten doch bisher alle diesbezüglichen Verbesserungen, die nicht kostenneutral waren, den Trägern der Eingliederungshilfe in mühsamen, oft beschämenden Auseinandersetzungen abgerungen werden.

Dass die zitierten Beispiele für selbstständige Lebensführung behinderter Menschen in Seewalde – «Einkauf im Dorfladen und Gang zum Briefkasten» – so bescheiden ausfallen, liegt nicht an der Anspruchslosigkeit des Betreuungskonzepts, sondern daran, dass der Zugang zu stationären Formen der Eingliederungshilfe heute in aller Regel äusserst restriktiv gehandhabt wird. Dadurch entstehen langfristig die Schwerstbehindertenzentren, vor denen Kritiker der sozialpolitischen Umsteuerung der Behindertenhilfe immer gewarnt haben. Jedenfalls ist es nicht zu übersehen, dass sich der Personenkreis, dem stationäre Eingliederungshilfe zugebilligt wird, in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten erheblich verändert hat. Es hat nicht nur der Anteil älterer Menschen zugenommen, sondern die Menschen, die dort betreut werden, sind auch nahezu ausnahmslos wesentlich stärker behindert als ehemals. Es stellt sich die Frage, ob die mit dem Slogan «Es ist normal, verschieden zu sein» zum Ausdruck gebrachte Akzeptanz von Heterogenität so nicht durch sozialpolitisch gesteuerte Zuweisungsentscheidungen unterlaufen wird.

Die Gründung der Waldorfschule als Alternative zur Regelschule war ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Region. In allen Lebensbereichen Optionen zu haben und dabei auch zwischen verschiedenen gleichwertigen Schulformen wählen zu können, ist ein Merkmal offener Gesellschaften. Die Umgebung von Seewalde ist durch die Schulgründung, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen wird, attraktiver geworden. Eltern bekunden, dass sie wegen der Waldorfschule dorthin gezogen oder zurückgekehrt sind. Das ist kein Beweis, wohl aber ein Hinweis darauf, dass viel mehr Menschen gern auf dem Land leben würden, wenn Bildung und Kultur und andere weiche Standortfaktoren dort nicht auf Sparflamme gehalten würden (Neu 2007, S. 34). Diese Zuwanderer oder Rückkehrer kommen nicht nur als Waldorfschuleltern in die Region zurück, sondern auch als Fachkräfte – z. B. als Ärzte –, welche die Infrastruktur der Region bereichern.

Die touristischen Angebote, über die Seewalde verfügt, sind naheliegend und begehrt. Eingebettet in eine zumindest aus der Perspektive von Grossstädtern fast menschenleere Landschaft, durch die der Fernradweg Berlin-Kopenhagen und der Havel-Müritzwasserweg führen, bieten sie genau das, was bewegungsaktive Touristen suchen: ein lebendiges Dorf in einem stillen Land, das sich von den üblich gewordenen Schlafdör-

fern unterscheidet, einen geräumigen Zeltplatz und Ferienhäuser mit abenteuerlichen Spielmöglichkeiten für Kinder, einen Bio-Bauernhof, zu dem der Zutritt nicht wie in der industriell betriebenen Landwirtschaft verboten, sondern erwünscht ist, einen Laden mit hochwertigen Lebensmitteln, kulturelle Veranstaltungen und seit 2016 ein Bistro-Café mit Naturkostangeboten.

Nimmt man alles in allem, dann verfügt das Dorf Seewalde im Nahbereich über ein breites Spektrum lebensweltlicher Inklusion: Dazu tragen die Initiativen, die wenig oder auch gar nichts mit dem sozialtherapeutischen Bereich zu tun haben, wesentlich bei. Sie sorgen dafür, dass Seewalde wegen seiner Vielfalt als attraktives Dorf erlebt wird, in dem ganz selbstverständlich auch Menschen mit Behinderung leben. Die Menschen in Seewalde, die daran arbeiten, erwarten, dass die in Gang gebrachte Verbindung von Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum und gesellschaftlicher Inklusion nicht nur auf lokaler Ebene und in der Region, sondern auch dort wahrgenommen wird, wo über die Zukunft hoffentlich nicht nur nach Aktenlage entschieden wird.



Norbert Schwarte, Dr. phil. Professor für Sozialpädagogik an der Universität Siegen von 1981 – 2006. Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Soziale Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen, Evaluation sozialer Dienste und Programme, Geschichte sozialer Bewegungen.

Anmerkungen

- 1) Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel: In diesem Zusammenhang ist auf den zwei Jahrzehnte währenden, letztlich erfolgreichen Kampf gegen das Bombadrom auf dem Truppenübungsplatz Wittstock hinzuweisen, der allerdings im Wesentlichen nicht von der breiten einheimischen Bevölkerung, sondern von kirchennahen Bürgerrechtlern und zugewanderten Westdeutschen getragen wurde.
- 2) So der Titel des Wende-Klassikers von Rolf Henrich, der im April 1989 in Reinbek bei Hamburg erschien und sofort die in der DDR üblichen Repressionsmassnahmen gegen den Autor in Gang setzte. Die von Henrich aufgewiesenen Alternativen zum vormundschaftlichen Staat beziehen sich explizit auf den sozialen Dreigliederungsimpuls von Rudolf Steiner, sind damals aber kaum wahrgenommen und später auch von Henrich nicht weiter verfolgt worden.
- 3) Thomas Gädeke, Michael Fischer, Stefanie Ullrich, Rale und Renata Bühring sowie Jonathan Lustig und Leonhard Knittel danke ich für die Bereitschaft, mich über Seewalde in seiner gegenwärtigen Gestalt umfassend zu informieren, Thomas Gädeke zudem für die kritische Durchsicht des Manuskripts und ergänzende Kommentare.
- 4) Die ideologisch überfrachtete Unterscheidung zwischen Integration und Inklusion ist von Otto Speck überzeugend zurückgewiesen worden (Speck 2011).

Literatur

- Asendorpf, Dirk (2015): Landleben 2.0. In: DIE ZEIT, Nr. 50, S.43.
- Becker, Uwe (2015): Die Inklusionslüge. Behinderung im flexiblen Kapitalismus. transcript-Verlag, Bielefeld.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011): Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft, Berlin.
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Aufbau-Verlag, Berlin.
- Frielingsdorf, Volker; Grimm, Rüdiger; Kaldenberg, Brigitte (2013): Geschichte der anthroposophischen Heilpädagogik und Sozialtherapie. Entwicklungslinien und Aufgabenfelder 1920-1980. Verlag am Goetheanum & ATHENA-Verlag, Dornach & Oberhausen.
- Gamm, Hans-Jochen (1998): Die Mecklenburger. Geschichtliche Elemente des niederdeutschen Charakters. Wachholtz-Verlag, Neumünster.
- Henrich, Rolf (1989): Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- Jahoda, Marie; Lazarsfeld, Paul F.; Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Suhrkamp, Frankfurt/Main. Erstveröffentlichung 1933.
- Locht, Volker van der (2007): Das anthroposophische Landerziehungsheim Lauenstein im Heeresgestüt Altefeld 1932-1941. In: Eschweger Geschichtsblätter, H. 18, S. 27-45.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, Hg. (2012): Aktionsplan der Landesregierung NRW. Eine Gesellschaft für Alle, Düsseldorf.
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern: Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014-2020, Schwerin.
- Neu, Claudia (2007): Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktor für den ländlichen Raum. In: UNESCO heute, H. 2, S. 34-37.
- Reinders, H. S. (2005): The good life for citizens with intellectual disabilities. Vortragsmanuskript, Bernard Lievegoed Chair for ethical aspects of care and support based on anthroposophy, Free University of Amsterdam.
- Schwarte, Norbert (2008): Selbstbestimmung allein genügt nicht. Thesen zu einem strapazierten Leitbegriff der Hilfen für Menschen mit Behinderung. In: Markert, Andreas et al. (Hg.): Soziale Arbeit und Sozialwirtschaft, Lit-Verlag: Berlin, S. 63 -75.
- Schwarte, Norbert (2009): Qualität 60plus. Konzepte, fachliche Standards und Qualitätsentwicklung der Hilfen für ältere Menschen mit Behinderung. Bethel-Verlag, Bielefeld.
- Speck, Otto (2011): Schulische Inklusion aus heilpädagogischer Sicht. Reinhardt-Verlag, München.
- Stamm, Christof (2011): Anthroposophische Sozialtherapie im Spiegel ausgewählter Lebensgemeinschaften. Eine qualitativ-empirische Studie. VS-Verlag, Wiesbaden.
- Uhlenhoff, Wilhelm (2001): Zur Geschichte des Lauenstein. In: Zeitschrift Seelenpflege. H.1, S. 26 -43.
- Werner, Uwe (1999): Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus, München.

Wir danken dem Verlag am Goetheanum für die freundliche Genehmigung zum Abdruck dieses Beitrags aus der Publikation «Dimensionen der Heilpädagogik» von Bernhard Schmalenbach.